

Antrag 63/II/2021**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Völkerverständigung fördern – Stärkung der Städtepartnerschaft Berlin-Peking**

1 Durch die Coronapandemie reduzieren sich die Kanäle,
 2 auf denen Chinesinnen und Chinesen mit Menschen der
 3 westlichen Welt im Austausch sind. Parallel dazu hat sich
 4 der Diskurs zwischen der chinesischen Regierung und den
 5 liberalen Demokratien stark verschärft. „Decoupling“ ist,
 6 sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf intellektuellem
 7 und kommunikativem Gebiet, ein Trend, der sich seit 2020
 8 auf beiden Seiten verstärkt. Nimmt man die Spannungen
 9 in der Taiwanstraße und mit Blick auf die Lage in Hong
 10 Kong hinzu, ergibt sich eine reale Gefahr für den Weltfrie-
 11 den.

12

13 In dieser Situation kann die bereits gut entwickelte Städ-
 14 tepartnerschaft Berlin-Beijing einen Beitrag leisten, Kom-
 15 munikationskanäle aufrecht zu erhalten, Verständnis und
 16 wechselseitigen Respekt zu stärken und sowohl in der öf-
 17 fentlichen Meinung als auch bei Entscheiderkreisen das
 18 Klima für ein friedliches Konfliktmanagement aufrecht zu
 19 erhalten.

20

21 Dazu muss die Berliner Landespolitik zwei Tatsachen ins
 22 Auge sehen:

23 1. Unser Kooperationspartner ist eine repressives, au-
 24 toritäres Einparteien-Regime, welches seit 2013 im-
 25 mer stärker auch in die Privatleben ihrer Bür-
 26 ger hineinregiert. Politisch unabhängige Institutio-
 27 nen/Vereine existieren nicht, insofern wäre auch
 28 das Ziel eines „zivilgesellschaftlichen Austausches“
 29 irreführend, weil es dazu kein Pendant auf chine-
 30 sischer Seite gibt, das im Rahmen einer Städte-
 31 partnerschaft ansprechbar wäre. Auch bei sämtli-
 32 chen scheinbar „privaten“ oder „zivilgesellschaftli-
 33 chen“ Austauschformaten ist immer die KP China
 34 zumindest mittelbar involviert. Das setzt dem bür-
 35 gerschaftlichen Austausch Grenzen, was Themen
 36 und Inhalte betrifft. Die Städtepartnerschaft Berlin-
 37 Beijing ist nicht das Forum, um politische Grund-
 38 satzfragen zu diskutieren, weder zwischen den Ver-
 39 waltungen noch zwischen Bürgerinnen und Bür-
 40 gern.

41 2. Dennoch kann ein bürgerschaftlicher Austausch un-
 42 terhalb dieser Ebene gesellschaftliche Wirkung ent-
 43 falten. Insbesondere entzieht es der Rhetorik ei-
 44 nes „Decouplings“ den Boden, wenn Menschen ver-
 45 schiedener Völker einander in ihrer Alltäglichkeit
 46 mit ihren Wünschen, Träumen und Sorgen, ihren
 47 Hobbies und ihrem Berufsleben kennen lernen

48

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Durch die Coronapandemie reduzieren sich die Kanäle,
 auf denen Chinesinnen und Chinesen mit Menschen der
 westlichen Welt im Austausch sind. Parallel dazu hat sich
 der Diskurs zwischen der chinesischen Regierung und den
 liberalen Demokratien stark verschärft. „Decoupling“ ist,
 sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf intellektuellem
 und kommunikativem Gebiet, ein Trend, der sich seit 2020
 auf beiden Seiten verstärkt. Nimmt man die Spannungen
 in der Taiwanstraße und mit Blick auf die Lage in Hong
 Kong hinzu, ergibt sich eine reale Gefahr für den Weltfrie-
 den.

In dieser Situation kann die bereits gut entwickelte Städ-
 tepartnerschaft Berlin-Beijing einen Beitrag leisten, Kom-
 munikationskanäle aufrecht zu erhalten, Verständnis und
 wechselseitigen Respekt zu stärken und sowohl in der öf-
 fentlichen Meinung als auch bei Entscheiderkreisen das
 Klima für ein friedliches Konfliktmanagement aufrecht zu
 erhalten.

Wir fordern deshalb:

1. Die Städtepartnerschaft mit Beijing soll ab dem Jahr 2022 intensiviert werden, indem die bestehenden Ebenen der wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und administrativen Kooperation um eine Ebene des bürgerschaftlichen Austausches ergänzt werden mit dem friedenspolitischen Ziel der Völkerverständigung.
2. Konkret ist die (unter Pandemiebedingungen vorrangig virtuelle) Kommunikation zwischen Schulklassen, Jugendgruppen und Vereinen institutionell, organisatorisch und finanziell zu fördern, ebenso wie Begegnungen von in Berlin lebenden Chinesinnen und Chinesen mit Berlinerinnen und Berlinern.
3. Die Chinakompetenz der Berlinerinnen und Berliner soll in allen Bildungssektoren (Schule, Hochschule, Erwachsenenbildung) gestärkt werden. Dazu sollen chinabezogene Themen mehr Raum in den Curricula erhalten und Lernenden verstärkt Angebote zum Erlernen der chinesischen Sprache gemacht werden – von der Grundschule an.
4. Die kritische Auseinandersetzung mit chinapolitischen Themen, wie z.B. der Menschenrechtsslage, soll dabei ebenfalls in der gesellschaftlichen Breite gefördert werden. Austausch und Bande mit Taiwan dürfen in keinster Weise eingeschränkt werden.
5. Im Feld der Hochschul-Kooperation ist der Leitfaden der HRK zur Zusammenarbeit mit China umzuset-

49 Wir fordern deshalb:

- 50 1. Die Städtepartnerschaft mit Beijing soll ab dem
51 Jahr 2022 intensiviert werden, indem die bestehen-
52 den Ebenen der wissenschaftlichen, wirtschaftli-
53 chen und administrativen Kooperation um eine
54 Ebene des bürgerschaftlichen Austausches ergänzt
55 werden mit dem friedenspolitischen Ziel der Völker-
56 verständigung.
- 57 2. Konkret ist die (unter Pandemiebedingungen vor-
58 rangig virtuelle) Kommunikation zwischen Schul-
59 klassen, Jugendgruppen und Vereinen institutionell,
60 organisatorisch und finanziell zu fördern, ebenso
61 wie Begegnungen von in Berlin lebenden Chinesin-
62 nen und Chinesen mit Berlinerinnen und Berlinern.
- 63 3. Dazu sind im Doppelhaushalt 2022/2023 entspre-
64 chend deutlich höhere Mittel vorzusehen (im 6-
65 stelligen statt wie bisher im niedrigen 5-stelligen
66 Bereich).
- 67 4. Die Chinakompetenz der Berlinerinnen und Berliner
68 soll in allen Bildungssektoren (Schule, Hochschule,
69 Erwachsenenbildung) gestärkt werden. Dazu sollen
70 chinabezogene Themen mehr Raum in den Curricu-
71 la erhalten und Lernenden verstärkt Angebote zum
72 Erlernen der chinesischen Sprache gemacht werden
73 – von der Grundschule an.
- 74 5. Die kritische Auseinandersetzung mit chinapoliti-
75 schen Themen, wie z.B. der Menschenrechtslage,
76 soll dabei ebenfalls in der gesellschaftlichen Breite
77 gefördert werden. Austausch und Bande mit Taiwan
78 dürfen in keinster Weise eingeschränkt werden.
- 79 6. Im Feld der Hochschul-Kooperation ist der Leitfaden
80 der HRK zur Zusammenarbeit mit China umzuset-
81 zen, insbesondere was Fragen der Finanzierung be-
82 trifft als auch eine Prüfung der Kooperation mit den
83 Konfuzius Instituten. Auch in der Kooperation mit
84 chinesischen Partnern gewährleisten die deutschen
85 Hochschulen die Freiheit von Forschung und Lehre.
86

zen, insbesondere was Fragen der Finanzierung be-
trifft als auch eine Prüfung der Kooperation mit den
Konfuzius Instituten. Auch in der Kooperation mit
chinesischen Partnern gewährleisten die deutschen
Hochschulen die Freiheit von Forschung und Lehre.